

# Entwicklung von Eckpunkten für ein Konzept zur Demokratieförderung

Expertise

im Auftrag der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen  
- Landesantidiskriminierungsstelle -

**Vera Henßler - Timm Köhler - Heinz Stapf-Finé**

Europa-Institut für Soziale Arbeit

Alice Salomon-Hochschule Berlin

Berlin, Januar 2015

Berlin, Januar 2015

Alice Salomon-Hochschule Berlin



Landesstelle  
für Gleichbehandlung –  
gegen Diskriminierung  
Berlin, Januar 2015

## Kurzfassung

Es gibt in Berlin eine Reihe von vielversprechenden Ansätzen für eine Demokratieentwicklung im Sinne einer stärkeren Beteiligung der Öffentlichkeit und einer Ergänzung der repräsentativen Demokratie um Elemente einer direkten Mitwirkung. Eine Evaluation fällt schwer, da nicht ausreichende Informationen für eine Sekundäranalyse zur Verfügung stehen, um die Qualität politischer Beteiligung anhand eines sozialwissenschaftlichen Kriterienkatalogs messen zu können. Daher sollte das Landeskonzept für Demokratieentwicklung seinen Ausgangspunkt bei einem **Demokratie-Audit** nehmen, einer fundierten sozialwissenschaftlichen Analyse der Demokratiequalität.

Sowohl auf Landesebene als auch auf der Ebene von Bezirken gibt es eine große Vielfalt an Maßnahmen und Projekten zur Förderung der Beteiligung von Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Als Problem zeigt sich dabei, dass die einzelnen Programme und Maßnahmen nicht systematisch koordiniert sind. Eine bessere Abstimmung untereinander könnte helfen, den Wirkungsgrad zu erhöhen. Abhilfe könnte eine **Verwaltungs-Enquête** schaffen. Darin legen (einmal in der Legislaturperiode) die beteiligten Stellen dar, wie sie beteiligungsfördernde Maßnahmen umsetzen unter besonderer Berücksichtigung der Koordination zwischen den Akteuren.

Beteiligungs- und handlungsorientierte Verfahren sollten im unmittelbaren Lebens- und Arbeitsumfeld der Menschen stattfinden, wo sie auch am stärksten die Ergebnisse ihrer Aktivitäten erkennen und ihr eigenes soziales Umfeld gestalten können. Solche **sozial-räumlichen Projekte zur Demokratieentwicklung** sollten exemplarisch durchgeführt werden. Wichtig ist, dass hierbei die Vielfalt der räumlichen Struktur Berlins zum Ausdruck kommt – entlang der Spektren Zentrum-Peripherie, Ost-West, Siedlungsform...

Um zu informierten Entscheidungen zu gelangen und dabei die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und der etablierten Politik besser austarieren zu können, sollten institutionalisierte Formen gefunden werden, auf Augenhöhe über stadtpolitische Entwicklungen in den Austausch zu treten und die verschiedenen Positionen darauf herauszuarbeiten. Darauf aufbauend könnten Materialien, Medien, Dialog- und Bildungsangebote entstehen, die im Berliner Kontext für die politische Bildungsarbeit zu aktuellen stadtpolitischen Fragenstellungen entwickelt werden. Im Rahmen **partizipativer politischer Bildung** wäre eine Kooperation zwischen der Landeszentrale für politische Bildung, den Volkshochschulen sowie themenspezifischen zivilgesellschaftlichen Akteuren wünschenswert.

## Verfahrensvorschlag

